

# **Bau- und Planungsausschuss**

## **Protokoll Nr. BPA/19/2009**

**über die öffentliche Sitzung am 02.12.2009,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr  
Ende : 23:27 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Jörg Hansen

#### **Stadtverordnete**

Herr Werner Bandick	bis 23:10 Uhr; TOP 13
Frau Carola Behr	
Herr Thomas Bellizzi	beratendes Mitglied
Herr Uwe Grassau	
Herr Rafael Haase	
Frau Anna-Margarete Hengstler	bis 22:25 Uhr; TOP 11
Frau Monja Löwer	
Herr Hartmut Möller	
Herr Jörn Schade	

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Hauke Feldvoss	Kinder- und Jugendbeirat, bis 22:25 Uhr; TOP 11
Herr Rolf Griesenberg	
Herr Dieter Heidenreich	
Herr Siegfried Lorenz	Seniorenbeirat, bis 22:25 Uhr; TOP 11
Frau Johanna Zabel	Kinder- und Jugendbeirat, bis 22:25 Uhr; TOP 11

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Wolfgang Haller	SHP Ingenieure, Hannover, zu TOP 6
Herr Karsten Hochfeldt	Büro für Bauphysik, Altenholz, zu TOP 7
Herr Stephan Lütje	Lüthje Soetbeer Architektur, Hamburg, zu TOP 13
Herr Schürmann, Bernd	Büro stadt raum plan, zu TOP 8
Herr Matthias Timm	Heinrich Nessler GmbH & Co. KG, zu TOP 13

## Verwaltung

Frau Ursula Pepper	bis 20:50 Uhr; TOP 6
Herr Wilhelm Thiele	
Frau Andrea Becker	
Herr Ingo Reuter	bis 22:10 Uhr; TOP 9
Frau Anette Kruse	bis 23:10 Uhr; TOP 13
Herr Stephan Schott	bis 22:25 Uhr; TOP 11
Herr Andreas Janik	bis 22:25 Uhr; TOP 11
Herr Stephan Goßaint	bis 22:25 Uhr; TOP 11
Herr Ulrich Kewersun	Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 17/2009 vom 04.11.2009
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 18/2009 vom 18.11.2009
5. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
6. Verkehrsuntersuchung zum Knoten Hamburger Straße/Woldenhorn/An der Reitbahn und Entwicklung von Ausbaualternativen  
- Bericht über den Verfahrensstand zur Umsetzung des Beschlusses vom 29.04.2009
7. 35. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sportpark Beimoor-Süd" **2009/149**  
- Verfahrensstand und Ergebnisse bei der Überprüfung der lärmtechnischen Untersuchung  
- Bebauungsplan Nr. 82 - Gebiet Beimoor-Süd  
- Kenntnisnahme der zwischenzeitlich zusätzlich geänderten Planbereiche für die 2. öffentliche Auslegung
8. 37. Flächennutzungsplanänderung - Gebiet Beimoor-Süd 2. Bauabschnitt **2009/152**  
- Gelände südlich des Beimoorweges in einer Tiefe von ca. 70 m, beginnend von der Straße Kornkamp Süd bis zur Grenze des gegenüberliegenden Gebietes Gewerbegebiet Nord  
- Zustimmung zum Vorentwurf/- Aufstellungsbeschluss  
- Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange/- Beteiligung der Bürger/- Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde  
B-Pläne Nr. 88 A und 88 B (östliche Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor-Süd)
9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 **2009/131**  
  
- a b g e s e t z t -
10. Kenntnisnahmen
- 10.1. Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße  
- Bestandskraft der Teileinziehungsverfügung -
- 10.2. Anmeldung zum Weihnachtsessen

- 10.3. Verfahren Schlosspark - Kernfläche
- 11. Verschiedenes
  - 11.1. Leuchten im Sitzungsraum 601
  - 11.2. Umsetzen des Bauzaunes in der Klaus-Groth-Straße
  - 11.3. Verkehrsregelung an der Sackgasse Theodor-Storm-Straße
  - 11.4. Änderung der Flurstücksbezeichnungen
  - 11.5. Anordnung der Fahrradständer in der Großen Straße
  - 11.6. Schreiben zum Zustand des Radweges Brauner Hirsch
  - 11.7. Energetische Optimierung der Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen
  - 11.8. Erneuerung der LSA am Knoten Große Straße/Woldenhorn/Bei der Doppeleiche
  - 11.9. Unterhaltung der wassergebundenen Straßenfläche Starweg

## 1 Festsetzung der Tagesordnung

Es wird Bezug genommen auf die Einladung vom 19.11.2009 zur heutigen Sitzung. Zur vorgeschlagenen Tagesordnung werden folgende Anregungen gegeben:

1. Ein Ausschussmitglied bittet darum, TOP 8 in der heutigen Sitzung nur zu beraten und von einer Beschlussfassung über den Vorschlag abzusehen.
2. Es wird thematisiert, inwieweit der BPA-Beschluss vom 18.11.2009 zum Bebauungsplan Nr. 77 (vgl. Vorlagen-Nr. 2009/128) aufgegriffen und modifiziert werden kann. Klargestellt wird hierzu, dass die Angelegenheit gemäß § 34 Abs. 4 Satz 4 GO nicht per Dringlichkeitsantrag auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden kann, da durch eine spätere Erörterung der Stadt keine wesentlichen Nachteile entstehen. Man kommt daher überein, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Sitzung am 16.12.2009 zu setzen.

In dem Zusammenhang sagt die Verwaltung zu, die Amtliche Bekanntmachung über die öffentliche Auslegung nicht herauszugeben und insofern nicht mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zu beginnen. Die Ausschussmitglieder kündigen einen Antrag an, der offensichtlich die Festsetzung einer GFZ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorsieht.

Es ist nach § 39 GO zwar möglich, den Tagesordnungspunkt aufzugreifen, ein neuer, geänderter Beschluss setzt jedoch voraus, dass der ursprüngliche Beschluss vom 18.11.2009 aufgehoben wird.

3. Einzelne Ausschussmitglieder empfehlen, den Tagesordnungspunkt 14 wegen der evtl. hierzu auch eingeladenen Gäste zwar zu behandeln, dem Finanzausschuss gegenüber jedoch möglichst keine Empfehlung auszusprechen.

Ferner bezieht sich der Vorsitzende auf die in der Einladung angekündigte Empfehlung, neben dem generell unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenen TOP 12 „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch“ die Tagesordnungspunkte 13 bis 15 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

## 2 Einwohnerfragestunde

**Herr Rüssmann** bezieht sich auf das nördliche Eckgrundstück Christel-Schmidt-Allee/Parkallee, das sich derzeit im Bau befindet und über dessen zukünftige Nutzung diverse Gerüchte kursieren. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass dieses Grundstück nach der Baugenehmigung mit zwei privaten Wohnhäusern bebaut wird und von der Baunutzungsverordnung als reines Wohngebiet einzustufen ist. Dementsprechend könne in einem geringen Umfang ein nicht störendes Gewerbe, wie z. B. eine freiberufliche Tätigkeit, wahrgenommen werden.

Des Weiteren bezieht sich **Herr Rüssmann** auf die bereits in der Sitzung am 18.11.2009 vorgebrachte und wie folgt protokollierte Frage samt Stellungnahme:

**Herr Rüssmann** bezieht sich auf die BPA-Sitzung am 04.11.2009, in der auf Grundlage der Vorlagen-Nr. 2009/127 über den Bebauungsplan Nr. 91 „Hansdorfer Straße“ beraten sowie Planungsvarianten und dessen frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vorgestellt worden sind. Seine Nachfrage bezieht sich auf die Erschließung des auf der Nordseite des westlichen Abschnittes der Hansdorfer Straße gelegenen Grundstücks und die Möglichkeit, die heutige Sackgasse Hugo-Schilling-Weg bis zur Hansdorfer Straße zu verlängern. Auf seine Fragen und Anregungen hin bestätigt die Verwaltung, dass diese Überlegungen im weiteren Bauleitplanverfahren Beachtung finden und im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung eine derartige Lösungsmöglichkeit skizziert und aufgezeigt wird, im jetzigen frühen Planungsstadium jedoch noch verschiedene Erschließungsmöglichkeiten denkbar seien, zumal die Stadt Ahrensburg nicht im Eigentum der möglichen Wegetrasse sei.

Nach seinen Erkundigungen sei die Stadt sehr wohl im Eigentum der Verbindungstrasse zwischen dem Hugo-Schilling-Weg und der Hansdorfer Straße und hätte diese Straßenverbindung bisher in den Planungsgesprächen stets favorisiert. Hierzu betont die Verwaltung, dass der Aspekt der Erschließung erst im Bauleitplanverfahren und dem darin enthaltenen Abwägungsprozess getroffen werde.

### ***Anmerkung der Verwaltung:***

Das hier betroffene Flurstück 145 der Flur 16 in der Gemarkung Ahrensburg ist nicht im städtischen Eigentum. Die Trasse ist jedoch als öffentliche Bedarfsfläche bereitzuhalten und entsprechend gesichert.

**Herr Hilla** bezieht sich auf TOP 7 der heutigen Sitzung, schildert die Hintergründe der lärmtechnischen Untersuchung und kritisiert anschließend insbesondere, dass

- ein und derselbe Gutachter zweimal tätig geworden ist (vgl. handschriftliche Seiten 4 ff. und 50 ff. der Vorlagen-Nr. 2009/149),
- die tatsächliche Nutzung der betreffenden Flächen noch zu wenig konkret sei und teilweise von den ursprünglichen Planungen abweichen würde und
- die Bewertung der Untersuchung abweiche von den Kenntnissen der „Sächsischen Freizeitlärmstudie“, die er dem Ausschussvorsitzenden überreicht.

**Herr Elmers** bemängelt, dass trotz der längeren Streckensperrung der R 10 zwischen Ahrensburg und Hamburg am heutigen Tage den auf den Bahnsteigen wartenden Kunden weder eine Begründung für die Sperrung und deren Dauer gegeben wurde noch auf die Alternative aufmerksam gemacht worden sind, über den Linienbus 569 und die U-Bahn-Linie U 1 in Richtung Hamburg zu fahren. Ein Informationsdefizit soll es auch im Hauptbahnhof Hamburg gegeben haben.

Des Weiteren bezieht sich **Herr Elmers** auf die voraussichtlich auf den 01.03.2010 verschobene Inbetriebnahme des Bahnhaltdepot Gartenholz und regt an, dass sich sowohl der Ahrensburger Bau- und Planungsausschuss als auch der Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn in der Übergangszeit mit seinem Lösungsansatz auseinandersetzen sollten, der eine Alternative zur beschlossenen neuen Ringlinie 469 darstellt.

Auf seine ergänzende Nachfrage hin betont die Verwaltung, dass die neuen Haltestellen der Buslinie 576 im Waldemar-Bonsels-Weg in mehreren Ortsbesichtigungen unter Einbeziehung der Verkehrsbetriebe, der Verkehrsaufsicht und der Polizei konkretisiert worden sind und die Belange der Buskunden in Einklang zu bringen waren mit dem vorhandenen Straßenraum, der geprägt ist durch teilweise starken Parkdruck, Straßenbäume und viele Grundstückszufahrten.

**Herr Dr. Lange** bezieht sich auf das „Wohnungsmarktkonzept für die Stadt Ahrensburg“ aus dem Oktober 2009 und entnimmt diesem, dass es in Ahrensburg rd. 700 Wohneinheiten mehr gebe als Haushalte, womit sich die Frage stelle, ob das beschlossene Wohnen auf der „grünen Wiese“ aufrechterhalten werden soll.

**Herr Knoll** bezieht sich auf den TOP 6 der heutigen Sitzung und bittet den Verfasser der verkehrstechnischen Untersuchung, in seinem Vortrag über die beiden Varianten einerseits einzugehen auf die gesamte Wartezeiten für Kraftfahrzeuge und zum anderen darzulegen, ob die aus der Troglösung kommenden Stadt- und Regionalbusse noch vor dem Knoten auf der Fahrbahn des Woldenhorn rechts anhalten könnten.

**Herr Plage** vom Seniorenbeirat macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die verschiedenen Verkehre über den AOK-Knoten derzeit unfallfrei abgewickelt werden können und dieses angesichts der demographischen Entwicklung der Bevölkerung auch oberstes, wenn nicht gar alleiniges

Ziel bleiben müsse. Erst nachrangig dürfte die Frage danach gestellt werden, welche Kapazität über diesen Knoten abgewickelt werden kann und welche Alternativen hierzu bestehen.

**Herr Neitzke** bittet, nicht lokal den AOK-Knoten zu betrachten, sondern auch die Idee einer Einbahnstraßenregelung auf dem Zentrum-Ring mit zu betrachten. Der Fragenkomplex wird ergänzt durch **Herrn Mächler**, der auf die Beteiligung des Landesbetriebes für Straßenbau und Verkehr sowie auf die Zulassung größerer Lkw-Züge verweist und sich erkundigt, ob die Varianten für die Ausbildung des AOK-Knotens im Einklang stehen mit dem gesamten Verkehrskonzept, das in der Einwohnerversammlung am 15.12.2009 in seinen Basisdaten vorgestellt werden soll.

Nachdem der Ausschussvorsitzende erklärt, dass die den TOP 6 betreffenden Fragen während der Beratung thematisiert werden dürften, wird die Einwohnerfragestunde geschlossen.



Man kommt letztlich überein, die Genehmigung des Protokolls zu vertagen und rechtlich beurteilen zu lassen, ob eine Klärung im Rahmen der Protokollgenehmigung möglich ist oder der Punkt inhaltlich neu aufgegriffen werden muss.

***Anmerkung der Verwaltung:***

1. Das Ausschussmitglied Anne-Margarete Hengstler hat noch am 02.12.2009 folgenden Antrag schriftlich eingereicht:

Hiermit erneuere ich meinen Antrag vom 04.11.2009 „Die Varianten sollen um eine weitere ergänzt werden, die eine reine Bebauung mit Einzelhäusern vorsieht.“

Ich bitte um eine erneute Abstimmung im nächsten BPA, damit eine eindeutige Protokollfassung dann vorliegen kann.

Auf die Einladung vom 03.12.2009 für die BPA-Sitzung am 16.12.2009 mit den Tagesordnungspunkten 3 und 4 sei hiermit verwiesen.

2. Rechtliche Stellungnahme des FD I.4 vom 03.12.2009:

Gemäß dem Kommentar Bracker/Dehn § 39 Ziff. 7 Gemeindeordnung verbietet das geltende Recht nicht, Beratungsgegenstände erneut auf die Tagesordnung zu setzen oder setzen zu lassen, obwohl in der Sache bereits ein Beschluss gefasst ist. Das folgt unter anderem daraus, dass die Gemeindevertretung sich im Gegensatz zu den Parlamenten auf staatlicher Ebene nicht aus Berufspolitikern zusammensetzt. Ihnen muss es möglich sein, eine getroffene Entscheidung zu revidieren bzw. nochmals zu überprüfen. Dementsprechend ist die erneute Behandlung in der kommenden Sitzung des Bau- und Planungsausschusses ordnungsgemäß.

Frau Hengstler hat zwischenzeitlich bereits folgenden Antrag gestellt: Hiermit erneuere ich meinen Antrag vom 04.11.2009: Die Varianten sollen um eine weitere ergänzt werden, die eine reine Bebauung mit Einfamilienhäusern vorsieht. Ich bitte um erneute Abstimmung im nächsten Bau- und Planungsausschuss, damit eine eindeutige Protokollfassung dann vorliegen kann.

Dementsprechend muss dieser Punkt als ordentlicher Tagesordnungspunkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, was zwischenzeitlich auch erfolgt ist.

**4 Genehmigung des Protokolls Nr. 18/2009 vom 18.11.2009**

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

**5 Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses**

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 18.11.2009 betrifft den TOP „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 BauGB“, wobei genehmigt worden ist bei der Bauvoranfrage für das Baufeld 3 im Bebauungsplan Nr. 64, gelegen zwischen den Straßen Otto-Siege-Straße und Eilenbogen/Westerlandstiege – ergänzend zu den bereits mit Beschluss vom 20.02.2008 erteilten Befreiungen –, die Tiefgaragenzufahrt von der innerörtlichen Straßenverbindung Otto-Siege-Straße aus zu planen mit der Maßgabe, dass die südlichen Grundstückseigentümer ihre erforderliche Zustimmung erteilen.

**6 Verkehrsuntersuchung zum Knoten Hamburger Straße/Woldenhorn/An der Reitbahn und Entwicklung von Ausbaualternativen**  
**- Bericht über den Verfahrensstand zur Umsetzung des Beschlusses vom 29.04.2009**

Nachdem sich Herr Prof. Wolfgang Haller als Mitglied des Arbeitskreises „Kreisverkehre“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen vorgestellt hat, stellt er anhand des dem Protokoll auszugsweise beigefügten Vortrages und der Verkehrssimulationen das Ergebnis seines Variantenvergleiches vor, wobei er insbesondere betont, dass

- man weiterhin von der von BBW ermittelten Prognosebelastung für das Jahr 2020 ausgeht und insofern ebenso wie bei der Annahme, dass der Bypass von der Manfred-Samusch-Straße zur Hagener Allee (Nord) nicht entsteht, den schlechtesten Prognosefall annimmt und sich in der Praxis mehr Freiheitsgrade bei der Abwicklung des Verkehrs bieten dürften,
- der Busverkehr mittelfristig zu den Spitzenstunden durch die Inbetriebnahme des Bahnhaltdepot Gartenholz noch abnehmen könnte,
- die widerrechtlich in beide Richtungen die Zufahrten zum AOK-Knoten querenden Radfahrer einen bedeutenden Sicherheitsaspekt darstellen,
- die Sicherheitsbedenken auch in den Niederlanden nicht ausgeräumt sind in der Frage, wie die vorfahrtsberechtigten Fußgänger und Radfahrer über die zweispurigen Zufahrten in Turbo-Kreisverkehre geführt werden können,
- Aufpflasterungen der Fahrbahnen von Bundesstraßen – auch nach einer bestätigten Mitteilung des LBV S-H – nicht vorstellbar sind.

Letztendlich werden anhand der ermittelten Verkehrsqualitäten auch Bedenken aufgezeigt bei der Realisierung

- a) einer kleineren Kreuzungslösung mit Lichtsignalanlage und Minikreisel an der Einmündung Manfred-Samusch-Straße und
- b) einer kleineren Kreuzungslösung mit Lichtsignalanlage und einer signalisierten Einmündung Manfred-Samusch-Straße

mit der Folge, dass eine Optimierung der signalisierten Kreuzung mit LSA an der Einmündung Manfred-Samusch-Straße empfohlen wird evtl. ergänzt – wie sie der beigefügten Schlussfolie zu entnehmen ist – um ein mögliches Linksabbiegen von der Straße An der Reitbahn in die Hamburger Straße (Nord).

Nach Klärung von Verständnisfragen betont Herr Haller, dass die Turbokreisverkehrsanlage nicht wegen Kapazitätsproblemen, sondern aus Sicherheits-

aspekten verworfen wurde. Dementsprechend dürfte die Öffnung der heute abgehängten Stormarnstraße zwischen An der Reitbahn und Hamburger Straße trotz maginaler Entlastung auf das Endergebnis keinen Einfluss haben. Ob die Sperrung der Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Stormarnstraße für alle Linienbusse in Verbindung mit der Öffnung der Stormarnstraße und der Anordnung von Bushaltestellen in der Straße An der Reitbahn zwischen Hamburger Straße und Manfred-Samusch-Straße Vorteile hätte für die Zentralität der Haltestelle und beim verbreiterten Ausbau der Hamburger Straße zwischen Stormarnstraße und Woldenhorn wird bezweifelt.

Zur Einwohnerfrage nach der Möglichkeit, auf dem Zentrum-Ring ein Einbahnstraßensystem einzuführen, wird generell betont, dass die Verkehrsknoten zwar leistungsfähiger würden, aber hiermit einhergehende längere Wege, höhere Verkehrsbelastungen und schnellere Fahrgeschwindigkeiten in vielen Städten zu einer Abkehr von diesem System geführt haben.

Des Weiteren wird anhand der letzten Folie des Vortrages erläutert, dass die Kreisverkehrsanlagen durchschnittlich zwar geringere Wartezeiten für die Kraftfahrzeuge aufweisen dürften, unter Beachtung des subjektiven Empfindens der Verkehrsteilnehmer die Qualitätsstufen an Lichtsignalanlagen jedoch längere Wartezeiten tolerieren. Zudem würde eine Überlastung von Kreisverkehrsanlagen zum Verkehrsstillstand führen.

Nachdem Herr Haller den Variantenvergleich abschließt, indem er empfiehlt, den AOK-Knoten zu einer optimierten signalisierten Kreuzung auszubauen, kommt man überein, diese verkehrstechnische Untersuchung in den Fraktionen zu beraten. Im Frühjahr 2010 beabsichtigt die Verwaltung, die aufgezeigten Lösungen in Form einer Vorlage darzulegen und in den Gremien zur Abstimmung zu stellen.



### ***Anmerkung der Verwaltung***

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.



**9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010**

**2009/131**

**- a b g e s e t z t -**

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit kommt man überein, die Grundzüge der Haushaltsplanung für die Jahre 2010 bis 2013 erst in der Sitzung am 16.12.2009 zu erörtern.

## **10 Kennntnisnahmen**

### **10.1 Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße - Bestandskraft der Teileinziehungsverfügung -**

Auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2009 wurde am darauffolgenden Tag die Teileinziehungsverfügung ausgefertigt und die Amtliche Bekanntmachung Anfang Oktober 2009 veröffentlicht.

Da die Verfügung 14 Tage später als bekannt gegeben gilt und innerhalb der Rechtsbehelfsfrist kein Widerspruch eingegangen ist, ist die Entscheidung über die Teileinziehung unanfechtbar und damit bestandskräftig geworden.

### **10.2 Anmeldung zum Weihnachtsessen**

Die Verwaltung erinnert daran, dass sich die möglichen Teilnehmer am Weihnachtsessen des BPA spätestens bis zum 10.12.2009 anmelden sollten.

### **10.3 Verfahren Schlosspark - Kernfläche**

In Bezug auf das in der BPA-Sitzung am 18.11.2009 vorgestellte Vorkonzept für die Schlosspark-Kernfläche im Rahmen des Realisierungskonzeptes Schlosspark, Aue, Innenstadt kommt man überein, über das weitere Vorgehen und die Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltsplanung 2010 zu beraten.

## **11 Verschiedenes**

### **11.1 Leuchten im Sitzungsraum 601**

Ein Sitzungsteilnehmer regt an, die weit herunter hängenden Leuchten im Sitzungsraum 601 kurzfristig auszutauschen und durch solche zu ersetzen, die die Sicht auf die Projektionswand nicht behindern.

## **11.2 Umsetzen des Bauzaunes in der Klaus-Groth-Straße**

Ein Ausschussmitglied bedankt sich für die rasche Realisierung der Anregung, den Bauzaun in der Klaus-Groth-Straße östlich der Kreuzung mit dem Reeshoop so umzusetzen, dass die Fläche zwischen der Tiefgarageneinfahrt in der Straße und der nördlichen Bebauung in Gänze dem Fußgänger- und Radfahrverkehr zur Verfügung steht.

## **11.3 Verkehrsregelung an der Sackgasse Theodor-Storm-Straße**

Ein Sitzungsteilnehmer nimmt Bezug auf die Sackgasse der Theodor-Storm-Straße, die vom Mittelweg aus in Richtung Hamburger Straße führt. Auf seine Frage hin stellt die Verwaltung klar, dass der Bordstein im Verlauf des Mittelweges durch läuft und insofern dieser Verkehr vorfahrtsberechtigt ist gegenüber den die Sackgasse verlassenden Verkehrsteilnehmern.

In diesem Zusammenhang wird auf die Gestaltung der Einmündung in der Hagener Allee (Süd) aufmerksam gemacht, die zum ehemaligen Schleswag-Grundstück führt. Obwohl es sich lediglich um eine im Privateigentum befindliche Straße handelt, ist dieses aufgrund des Ausbauszustandes für die Verkehrsteilnehmer nicht zu erkennen mit der Folge, dass hier die grundsätzliche Rechts-vor-Links-Regelung greift.

## **11.4 Änderung der Flurstücksbezeichnungen**

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass das Katasteramt Schleswig-Holstein im Zuge der Einführung der Automatischen Liegenschaftskarte (ALK) und des Automatischen Liegenschaftsbuches (ALB) unter anderem im Ahrensburger Stadtgebiet die Umrisse und Bezeichnungen der Flure geändert und dementsprechend die Flurstücksbezeichnungen neu durchnummeriert hat. Man zeigt sich verwundert darüber, dass die betroffenen Grundeigentümer hierüber vom Katasteramt nicht informiert worden sind.

In diesem Zusammenhang werden die Stadtbetriebe Ahrensburg gebeten zu prüfen, ob bei der Erhebung der Regenwassergebühr noch die alten Flurstücksbezeichnungen verwendet werden.

### **11.5 Anordnung der Fahrradständer in der Großen Straße**

Wie ein Ausschussmitglied feststellt, sind die Fahrradständer im Bereich der Freiflächen Große Straße anders angeordnet worden als ursprünglich beschlossen; wobei hierzu ergänzend angemerkt wird, dass die Änderung Sinn mache.

### **11.6 Schreiben zum Zustand des Radweges Brauner Hirsch**

Der Ausschussvorsitzende kündigt an, der Verwaltung in den nächsten Tagen ein Schreiben einzureichen, in dem der Vorsitzende des SSC Hagen sich beklagt über den Zustand des lediglich mit Grand befestigten Radwegeabschnittes im Braunen Hirsch. Wie die Verwaltung hierzu ausführt, sei der Sachverhalt mit der anregenden Person vor Ort erörtert worden; die zugesagten Unterhaltungsarbeiten sind inzwischen abgeschlossen, würden an der unterschiedlichen Auffassung zum benötigten Ausbauzustand aber nichts ändern.

Die Verwaltung wird gebeten, derartige Eingaben daneben auch schriftlich zu beantworten.

### **11.7 Energetische Optimierung der Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen**

Wie die Verwaltung berichtet, werde in den März-Sitzungen des Jahres 2010 im BPA über die Verfahrensstände bei der energetischen Optimierung der Straßenleuchten und Lichtsignalanlagen berichtet.

### **11.8 Erneuerung der LSA am Knoten Große Straße/Woldenhorn/Bei der Doppeleiche**

Wie die Verwaltung ankündigt, wird die Lichtsignalanlage nördlich der Freiflächen Große Straße im Zuge der Straßenbaumaßnahmen erneuert mit der Folge, dass in der 51. Kalenderwoche, in der die Maßnahme ausgeführt werden soll, die Lübecker Straße südlich des Weinberg-Knotens aus Sicherheitsgründen lediglich für den Stadtbus- und Anliegerverkehr zur Verfügung steht.

### **11.9 Unterhaltung der wassergebundenen Straßenfläche Starweg**

Es wird Bezug genommen auf die Aufbringung von Glensander im nicht ausgebauten Abschnitt des Starweges zwischen Dorfstraße und Siedlung Waldgut Hagen. Die teilweise bemängelten grobkörnigen Sande sind bereits mit einer besser befahrbaren Deckschicht versehen worden.

***Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der BPA-Sitzung um 22:25 Uhr.***

gez. Jörg Hansen  
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun  
Protokoll